Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 255 — Freitag, 2. Juni 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr: in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 30,— M., vierteljährlich 90,— M.

Anzeigen-Preise: Die 1spaltige 32 mm breite Zeile 7,— M., außerhalb Sachsens 8,— M. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 1spaltige An- und Verkäufe die Zeile 5,— M. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelpreis des Vorabendblattes 1,— M.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die Entscheidung der Reparationskommission

Das Moratorium „endgültig".

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 1. Juni. Die Reparationskommission hat der deutschen Kriegslastenkommission in Paris am 31. Mai abends folgendes Schreiben an den Reichskanzler zugehen lassen:

„Die Reparationskommission beehrt sich, den Empfang des Schreibens des Reichskanzlers vom 28. Mai zu bestätigen, in welchem die Maßnahmen mitgeteilt werden, welche die deutsche Regierung bereits ergriffen hat, und die weiteren Maßnahmen, zu denen sie sich verpflichtet, um den Bedingungen zu genügen, welche von der Kommission in den Schreiben vom 21. März und 13. April hinsichtlich des teilweisen Aufschubs für die während des Jahres 1922 in Ausführung des Zahlungsplanes zu bewilligenden Zahlungen gestellt worden sind. Die Kommission beehrt sich, Ihnen in der Anlageschrift ihre Entscheidung von heute mitzuteilen, in welcher gemäß dem im letzten Abschnitt der Entscheidung vom 21. März vorgesehenen Verfahren der vorläufige Zahlungsaufschub bestätigt wird. Bei der Bedeutung einer sofortigen Entscheidung über die Frage des Aufschubs hat die Kommission geglaubt, berechtigt zu sein, die genannte Entscheidung schon jetzt zu treffen, obwohl mehrere Punkte des Schreibens, dessen Empfang sie bestätigt, noch weiter aufgeklärt werden müssen. Sie hat dabei die Fragen, die sie als noch nicht geregelt betrachtet, auf später vertagt, damit sie alsdann in der in dem Texte der Entscheidung angegebenen Weise behandelt werden. Diese Fragen werden dann Gegenstand einer weiteren Mitteilung bilden, die in nächster Zeit an den Reichskanzler gerichtet wird.

Dubois. John Bradburn. Bemelmans. Raggi."

Die diesem Schreiben beiliegende

Entscheidung

besagt: Die Kommission bedauert, daß die deutsche Regierung mit den in den Noten vom 31. März und 13. April geforderten Maßnahmen nicht eher begonnen hat. Sie erkennt aber in Berücksichtigung der von der deutschen Regierung gegebenen Erklärungen an, daß das, was die deutsche Regierung bereits getan hat und die neuen Maßnahmen, zu deren Ergreifung sie sich verpflichtet, eine ernstliche Anstrengung bildet, um den Forderungen der Kommission zu entsprechen. Infolgedessen beschließt sie, den am 21. März bewilligten vorläufigen Aufschub für einen Teil der während des Jahres 1922 in Ausführung des Zahlungsplanes zu bewirkenden Zahlungen zu bestätigen. Dieser Aufschub für das Jahr 1922 wird also mit dem 1. Juni entsprechend dem letzten Abschnitt der Entscheidung Nr. 1841 vom 21. März 1922 endgültig. Die Kommission nimmt davon Kenntnis, daß wegen der Einzelheiten verschiedene Abmachungen zur Erfüllung der von der Kommission gestellten Bedingungen im Benehmen zwischen der deutschen Regierung und dem Garantiekomitee stattfinden werden. Sie vermerkt anderseits, daß die Vorschläge hinsichtlich der schwebenden Schuld von der deutschen Regierung nur für den Fall als geeignet betrachtet werden, in die Praxis umgesetzt zu werden, daß Deutschland eine ausreichende Unterstützung durch eine auswärtige Anleihe erhalten kann.

Die Reparationskommission muß darauf hinweisen, daß der hiermit bestätigte Aufschub gemäß dem Schluß des letzten Abschnittes der Entscheidung Nr. 1841 in jedem Augenblick widerrufen werden kann, falls die Kommission später zu der Ueberzeugung gelangt, daß Deutschland es an der Erfüllung der festgesetzten Bedingungen fehlen läßt.

Unbeschadet ihrer allgemeinen Befugnis, welche sie sich in dem genannten Abschnitt vorbehalten hat, behält sich die Kommission ausdrücklich das Recht vor, den

Aufschub zu widerrufen,

falls sie zu irgendwelchem Zeitpunkt von dem Fortschritt der Regelung der noch in Schwebe befindlichen Fragen nicht befriedigt sein sollte, oder falls Deutschland in Ermangelung der von ihm gewünschten Hilfe einer auswärtigen Anleihe die in dem Schreiben des Reichskanzlers vom 28. Mai 1922 hinsichtlich der Begrenzung der schwebenden Schuld im einzelnen aufgeführten Maßnahmen nicht ausführen und andere Abmachungen zur Regelung der Fragen des Fehlbetrages im Haushalt und der schwebenden Schuld nicht in einer die Kommission befriedigenden Weise statt dessen zustande kommen sollten.

*

Nachdem die deutsche Regierung entgegen dem klaren Willen der Reichstagsmehrheit die Bewilligung neuer Steuern und die Finanzkontrolle angenommen und die Antwort selbst mit dem Vorschlage des englischen Mitglieds Bradbury vorher verabredet hatte, bestand kein Grund mehr, das sogenannte Moratorium außer Kraft zu setzen. Die Note bestätigt aber voll und ganz die Befürchtung der rechtsstehenden Politiker, nach denen die unmöglichen Verpflichtungen zur gewaltsamen Unterdrückung der Inflation trotz der ausdrücklichen Voraussetzung der deutschen Note auch dann bestehen bleiben sollen, wenn die vielgerühmte Anleihe nicht zustande kommt. Ueberhaupt sieht es mit der Endgültigkeit des Moratoriums für 1922 — von seiner Ausdehnung auf die folgenden Jahre wird nicht gesprochen — sehr windig aus, da es jederzeit, sobald irgend etwas der neuen eigentlichen Regierung Deutschlands, dem Garantiekomitee, nicht paßt, aufgehoben werden kann. Wofür hat also die Regierung Wirth die deutsche Selbständigkeit verkauft?

Die Schwierigkeiten der Auslandsanleihe.

Paris, 1. Juni. **Nach dem „Oeuvre" trat der internationale Anleiheausschuß gestern nachmittag wiederum zusammen. Nach dem Blatte hat sich der Holländer Visserring über seine Reise nach Berlin und die Zahlungsfähigkeit Deutschlands weniger günstig ausgesprochen, als man hätte glauben können. Der Anleiheausschuß komme mehr und mehr zu der Ueberzeugung, daß es schwierig sei, einem Staate Vorschüsse zu geben, auf dessen Gesamtvermögen bereits eine Hypothek von 132 Milliarden Goldmark lastet, die außerdem noch durch die Okkupationskosten erhöht werde. (W. T. B.)**

Der Widerhall der Reichstagskomödie.

Die latente Regierungskrise.

Berlin, 1. Juni. Die „Deutsche Allg. Ztg." erklärt: Bei der ganzen Entwicklung der politischen Lage in den letzten Wochen sei beachtenswert, daß der Reichskanzler, der bisher als Vertreter der Erfüllungspolitik galt, die Abmachungen des Reichsfinanzministers für zu weitgehend und für kaum erträglich halte, während Dr. Hermes, der bisher zuweilen sogar als „Vertrauensmann der Deutschen Volkspartei in der Regierung" bezeichnet wurde, nunmehr in die Linie der Anhänger einer unbedingten Erfüllungspolitik eingetreten zu sein scheint. Man kann annehmen, **daß die latente Regierungskrise der letzten Woche keineswegs beigelegt, sondern nach Abgang der Note an die Reparationskommission in ein neues Stadium getreten ist, das sich vielleicht sehr bald, spätestens jedoch nach dem Zusammentritt des Reichstages am 13. Juni in irgendeiner Form auswirken muß. Die Stellung des Reichsfinanzministers gilt nicht nur im Kreise der Rechtsparteien als erschüttert.**

Die „Tägl. Rundschau" meint dagegen, es wäre natürlich falsch, nur Herrn Hermes für die Verletzung der deutschen Interessen verantwortlich zu machen. Das Kabinett habe einmütig den Hermesschen Finanzplan gebilligt. Die volksparteiliche Fraktion ist, wie das Blatt ferner schreibt, der festen Ueberzeugung, daß sie bei den Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuß mit den Parteiführern über den politischen Inhalt der Reparationsnote irregeführt worden sei. Die Partei hätte sich in der Meinung befunden, daß auch die Zugeständnisse in der Frage der Finanzkontrolle von der Gewährung einer internationalen Anleihe abhängig seien. Tatsächlich aber bietet nach dem Wortlaut der Note die Regierung die Finanzkontrolle ohne Vorbehalte oder Forderungen nach einer Gegenleistung an. Der volksparteiliche Kampf gegen die Reparationspolitik des Erfüllungskabinetts werde dadurch kaum etwas von seiner Schärfe einbüßen, daß sich wieder in den volksparteilichen Reihen einige Außenseiter gefunden haben, die Herrn Wirth nicht ihr Mißtrauen entgegenschleudern wollten. Die Führung der Volkspartei hält jetzt während des Krankheitsurlaubs von Dr. Stresemann Herr Becker-Hessen fest in den Händen. Er wird mit seiner ruhigen Energie wahrscheinlich der volksparteilichen Politik festen Kurs geben.

Die „Voss. Ztg." erklärt dagegen, es sei höchste Zeit, daß Dr. Stresemann — völlig wiederhergestellt — die Führung der Fraktion der Deutschen Volkspartei übernehme. Die demokratische Fraktion hat nach Ablehnung des deutschnationalen Mißtrauensvotums eine Erklärung erlassen, in der gesagt wird, daß gegenüber der jetzt veröffentlichten Note eine Reihe von ernsthaften Bedenken bestünden. Die Fraktion sei jedenfalls gewillt, nichts zu unterzeichnen: „1. Was Deutschland nach unserem planmäßigen Ermessen nicht leisten kann; 2. was nicht eine wirkliche Erleichterung gegen den heutigen Zustand bedeutet". Mit der Politik der Ultimaten und der Regelung auf kurze Termine müsse es jedenfalls bei der Behandlung unserer finanziellen Verpflichtungen ein Ende haben.

Die von den Unabhängigen eingebrachte Interpellation lautet: 1. Welches sind die Abmachungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission? 2. In welcher Weise gedenkt die Reichsregierung ihre Abmachungen mit der Reparationskommission, soweit sie das steuerliche Gebiet betreffen, durchzuführen? 3. Gedenkt die Reichsregierung bei etwaigen neuen steuerlichen Maßnahmen eine weitere Belastung der arbeitenden Klassen und einen Abbau der sozialen Fürsorge, insbesondere der Erwerbslosenfürsorge und des Achtstundentages, zu vermeiden?

Die hinausgeschobene Regierungserklärung über die Reparationen.

Berlin, 1. Juni. Die an der Reparationsfrage beteiligten Mitglieder des Reichskabinetts hielten gestern nachmittag eine Chefbesprechung über das Reparationsproblem ab. Wann der Reichskanzler die Erklärung über die Reparations- und Anleiheverhandlungen im Reichstage abgeben wird, hängt von dem weiteren Verlauf der Pariser Verhandlungen ab. Er wird jedoch die Parteien der Koalition über den Gang der Verhandlungen dadurch auf dem laufenden halten, daß er die Parteiführer von Zeit zu Zeit zusammenberuft. Diese Besprechungen werden auch auf die Deutsche Volkspartei und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ausgedehnt werden.

Wirth und Hermes auf Urlaub.

Berlin, 1. Juni. Nachdem gestern der Reichstag in die Ferien gegangen ist, verläßt auch die Mehrzahl der Mitglieder des Reichskabinetts Berlin zu kurzem Urlaub. So tritt der Reichskanzler Dr. Wirth morgen eine Reise nach Konstanz und Freiburg an, von der er voraussichtlich Mitte nächster Woche zurückkehren wird. Auch der Reichsfinanzminister Dr. Hermes geht einige Tage auf Urlaub.

Die Pfingsttagung des Deutschen Schutzbundes in Ostpreußen.

(Von unserem Königsberger Mitarbeiter.)

Königsberg, Ende Mai.

Ein anderes Bild, als es das sonnigheitere Kärntnerland im Vorjahre bei der unvergeßlichen Klagenfurter Tagung uns Gästen aus dem Norden dargeboten hat, bietet Ostpreußen, dessen Bewohner in harter, kampferfüllter Geschichte und unter rauheren klimatischen Einwirkungen etwas Geschlossenes und Herbes zeigen, das es dem Fremden nicht leicht machen mag, hier rasch sich heimisch zu fühlen. Aber mit großer Freude hat Ostpreußen es aufgenommen, daß der Deutsche Schutzbund, diese Vereinigung aller im Dienste des Grenzland- und Auslandsdeutschtums arbeitenden Korporationen im Reich und Oesterreich und sonst, wo die deutsche Zunge klingt, auf seinem Boden die dritte Pfingsttagung abhalten will, es hat sich gerüstet, die Gäste würdig zu empfangen, und hofft, daß auch sie sich wohl und heimisch fühlen werden! Sei es, daß sie zum Auftakt in der alten Residenz- und Krönungsstadt Königsberg weilen, sei es, daß sie die anmutigen Schönheiten ostpreußischer Wald- und Seenlandschaften auf sich einwirken lassen, sei es, daß in dem lebhaft aufgeblühten Allenstein und in der Marienburg die Tage hochgemuter Ordensmacht wieder lebendig werden, die den unzerstörbaren Grund zum deutschen Osten gelegt haben. Ein solches Land ist fürwahr der geeignete Boden für eine Manifestation des deutschen Gedankens.

Im Unterschied zu den beiden ersten Tagungen des Schutzbundes von 1920 in Berlin und 1921 in Klagenfurt, die den Zweck verfolgten, einen möglichst vollständigen Ueberblick über die deutsche Schutzarbeit sowohl in regionaler wie in sachlicher Hinsicht zu vermitteln, was dann naturgemäß ein Nebeneinander von zahlreichen Sondertagungen zur Folge hatte, ist der Allensteiner Tagung (1. bis 4. Juni), die in dem „Deutschen Tage" am 4. Juni gipfelt, eine andere Aufgabe gestellt: es soll aus den mannigfachen Arbeitsgebieten der im Deutschen Schutzbund zusammengeschlossenen Vereinigungen die umfassende Frage herausgehoben werden:

Wie sind die Entdeutschungsbestrebungen feindlich gesinnter Fremdvölker abzuwehren? Welche organisatorische und praktische Arbeit ist zu diesem Zwecke zu leisten?

Aus dieser Fragestellung ergibt sich die Notwendigkeit planmäßiger Untersuchung der gegnerischen Methoden, sowie die sachliche Prüfung der bisher zentral zusammengefaßten Erfahrungen. Es ist bezeichnend für den polnischen Größenwahn und das Unvermögen dieses Volkes, das seine staatliche Einigung wahrlich nicht sich selbst zu verdanken hat, daß es in seiner Presse mit bitterem Groll und wütender Verleumdung die Pfingsttagung des Deutschen Schutzbundes aufnimmt. Dieselben Polen, die sich soeben erst in dem Posener „Westmarkenverein" eine Waffe gegen die Deutschen geschaffen haben und die unsere Landsleute, die verurteilt sind, unter ihrem Joch zu leben, auf die nichtswürdigste Art drangsalieren, wollen uns nicht das selbstverständliche Recht zugestehen, eine eifrige Gemeinschaft der Deutschen in der Welt zu schaffen, die keine politischen Angriffsabsichten in sich schließt. Nun, wir wissen um so mehr, daß wir auf dem rechten Wege sind!

Gegen 200 Teilnehmer der Pfingsttagung sind bereits in Königsberg eingetroffen. Die Gäste sind zu nicht geringerem Teil Landsleute aus dem Elsaß, vom Rhein, aus dem alten Oesterreich, aus der heutigen Tschecho-Slowakei, aus Südslawien, aus den Alpenländern, ja aus Rumänien und dem Banat, alle beseelt von dem einen Gedanken, ein einzig Volk von Brüdern zu sein. Mit stürmischen Rufen begrüßt, scholl dem blumengeschmückten Zug das deutsche Lied entgegen, dessen treue Pflege in Ostpreußens Hauptstadt in hohen Ehren steht. Einer Begrüßung durch den Vertreter der Stadt, Stadtrat Hoffmann, folgten Besichtigungen der Sehenswürdigkeiten, eine Dampferfahrt bis zum Haff und abends ein

Begrüßungsabend in der Stadthalle,

den die Behörden, der Ostdeutsche Heimatdienst, landsmannschaftliche Vereinigungen und die Staatsbürgerliche Vereinigung als Gastgeber veranstalteten, und der sich zu einem glänzenden Höhepunkt deutsch-völkischer Bekundung gestaltete. Einleitenden Willkommensworten des Vorsitzenden des Ostpreußischen Heimatdienstes, Oberst Wasilewski, folgten wohl abgewogene Worte des Oberpräsidenten Siehr, des Vertreters der Stadt, Bürgermeisters Dr. Goerdeler und des Vorsitzenden der Staatsbürgerlichen Vereinigung, des ehemaligen Reichs-Abstimmungskommissars, Freiherrn von Gayl. Sie alle betonten die deutsche Aufgabe, die Ostpreußen hoch über alle Parteischranken zu erfüllen habe und erfüllen werde, begrüßten den Deutschen Schutzbund als einen treuen Bundesgenossen und gaben der sicheren Hoffnung Ausdruck, daß auch die heute noch mißtrauisch der Arbeit des Schutzbundes gegenüberstehenden Gruppen der ostpreußischen Bevölkerung durch die taktvolle und von deutschem Einheitsgefühl durchdrungene Arbeit der Allensteiner Tagung bezwungen werden würden. Als der Oberpräsident in seiner Rede des genialen Heerführers Hindenburg als des Retters Ostpreußens mit warmen Worten Erwähnung tat, unterbrach ihn nicht endenwollender Jubel und demonstrativer Beifall.

Unter den vielen Reden bedeuteten Höhepunkte des Abends die Reden des Deutsch-Lothringers Dr. Hilg, der im Namen des Vorstandes des Schutzbundes in bewegten und markigen Worten den tiefen Eindruck wiedergab, den das arbeitende, nicht verzagende und neue Zukunftsziele sich schaffende Ostpreußen gemacht habe, und die große universal gerichtete Rede des Führers der Sudetendeutschen des Abgeordneten Lodgemann-Prag. Dem „kleindeutschen" Staat Bismarcks, der damals eine Notwendigkeit gewesen sei, stellt er den aus dem Elend und der politischen Not neu geborenen großdeutschen Gedanken gegenüber: Das Nationalgefühl sei früher ein Zustand, oft sogar ein unbewußter gewesen, heute sei es ein Erlebnis geworden und unsere Aufgabe müsse es sein, aus ihm ein praktisches Ergebnis zu machen. „In stetiger Ausgleichsarbeit müsse sich